

Brandenburger produzierten 2019 mehr Abfall

Die Brandenburger produzieren immer mehr Müll – trennen aber auch mehr Abfall. Das geht aus der aktuellen Abfallbilanz für 2019 hervor, die das Umweltministerium Mitte Dezember veröffentlicht hat. Demnach erzeugte jeder Einwohner letztes Jahr im Durchschnitt 457 Kilogramm Müll – eine Steigerung um etwa 26 Kilogramm gegenüber dem Vorjahr. Ein Grund für den Anstieg sei die verbesserte Erfassung von Wertstoffen, insbesondere von Bioabfällen, so das Ministerium.

Das Gesamtaufkommen der im Jahr 2019 aus den privaten Haushalten und durch die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger zum Großteil

entsorgten Abfallmenge habe sich den Angaben zufolge auf 1,15 Mio Tonnen erhöht. Das entspricht einer Steigerung um rund 70.000 Tonnen gegenüber dem Vorjahr.

Der Zuwachs sei laut dem Umweltministerium unter anderem auf die rege Bautätigkeit im Land zurückzuführen. Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger mussten insgesamt 147.000 Tonnen Bauabfälle aufnehmen. Im Vorjahr waren es noch 107.000 Tonnen Bauabfälle.

Zum anderen wurden 31.000 Tonnen mehr Wertstoffe – hauptsächlich Bioabfälle – erfasst und in Gänze 371.000 Tonnen entsorgt. Die Menge der getrennt erfassten Bioabfälle über die Biotonne konnte so gegenüber dem Vorjahr von 13 Kilogramm pro Einwohner auf 21 Kilogramm pro Einwohner gesteigert werden. Grund dafür sei

die Einführung beziehungsweise die Ausweitung des Biotonnenangebots, so dass die Biotonne nun in 13 der 17 Entsorgungsgebiete verfügbar sei, wie das Bundesland mitteilte. Zuvor war sie in zwölf Entsorgungsgebieten verfügbar. Insgesamt nutzten 2019 den Angaben nach etwa ein Viertel der Einwohner die Biotonne. Damit liegt Brandenburg im bundesweiten Vergleich weiterhin auf den letzten Plätzen.

Bedenklich sei darüber hinaus die Steigerung der durch die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger entsorgten 6.000 Tonnen illegal abgelagerten Abfälle. Hierbei handelte es sich beispielsweise um gemischte Siedlungsabfälle, Sperrmüll, Altireifen oder Bau- und Abbruchabfälle. Deren Entsorgungskosten betragen 2019 ungefähr 1,4 Mio € und damit mehr als noch im Jahr zuvor. Damals lag die Summe bei 1,3 Mio € für 5.500 Tonnen illegal abgelagerter Abfälle. □

Abfallaufkommen in Brandenburg

	Aufkommen (in t)		Menge je Einwohner (in kg)	
	2019	2018	2019	2018
Feste Siedlungsabfälle	554.005	548.431	220	219
davon Hausmüll	340.063	339.862	135	136
hausmüllähnliche Gewerbeabfälle	102.860	102.885	41	41
Sperrmüll	102.961	98.262	41	39
Sonstige	8.121	7.422	3	3
Wertstoffe (örE)	371.163	340.261	148	136
davon Papier, Pappe, Karton (PPK)	131.153	131.818	52	53
Metalle	5.163	4.733	2	2
Alttextilien	1.820	1.628	1	1
Altholz	15.124	13.826	6	6
E-Schrott	15.412	14.489	6	6
Bioabfälle	200.897	172.651	80	69
davon aus der Biotonne	52.145	32.779	21	13
Verpackungsabfälle über Duale Systeme	198.017	195.805	79	78
davon Verpackungen aus PPK	32.616	32.648	13	13
Verpackungen aus Glas	64.008	63.466	25	25
Leichtverpackungen	101.392	99.690	40	40
Bau- und Abbruchabfälle	146.553	104.000	58	41
Problemstoffe	2.433	2.464	1	1
sonstige Abfälle	19.944	30.347	8	12
Sekundärabfälle	56.588	54.050	22	22
Abfallaufkommen insgesamt	1.150.687	1.275.358	457	509

Quelle: Umweltministerium Brandenburg

Erneuerbare steigern Beitrag zur Deckung des Stromverbrauchs

Erneuerbare Energien haben in diesem Jahr ihren Beitrag zur Deckung des Stromverbrauchs in Deutschland deutlich gesteigert. Der Anteil von Strom aus Wasser, Wind, Photovoltaik, Biomasse, Siedlungsabfall und Geothermie kletterte nach vorläufigen Zahlen auf 46,3 Prozent des Bruttostromverbrauchs nach zuvor 42,5 Prozent, teilte der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) mit.

Ein Grund für den gestiegenen Anteil ist jedoch auf den insbesondere durch die Corona-Pandemie insgesamt gesunkenen Stromverbrauch zurückzuführen. Wäre in diesem Jahr genauso viel Strom

wie im Jahr 2019 verbraucht worden (2019: 568,6 Mrd kWh; 2020: 543,6 Mrd kWh), hätten erneuerbare Energien nur gut 44 Prozent des Stromverbrauchs gedeckt.

Den weitgrößten Anteil am Ökostrom in diesem Jahr hatte weiterhin Windkraft an Land, gefolgt von Photovoltaik, Biomasse und auf Windparks auf Nord- und Ostsee erzeugter Strom. Der Beitrag von Strom aus Siedlungsabfällen, die definitionsgemäß zur Hälfte als erneuerbar gelten, ging geringfügig auf 5,7 Mrd kWh zurück, so dass erneuerbarer Strom aus Siedlungsabfällen unverändert etwas mehr als ein Prozent zum Bruttoinlandsstromverbrauch beisteuert. Ziel der Bundesregierung ist es, den Anteil des Ökostroms bis 2030 auf 65 Prozent zu steigern. (eigener Beitrag/dpa) □

IHK Rostock: Klärschlamm soll Thema in Bürgerschaft werden

Die Industrie- und Handelskammer (IHK) zu Rostock hat die Rostocker Bürgerschaft aufgefordert, sich demnächst noch einmal mit dem geplanten Bau der Monoverbrennungsanlage für Klärschlamm zu befassen. Hintergrund sei, dass sich die Klärschlamm-Kooperation Mecklenburg-Vorpommern (KKMV) gegen die dezentrale Vortrocknung des Schlammes (EUWID 50/2020) und damit gegen einen wesentlichen Bestandteil des Projekts entschieden habe, sagte der Präsident der IHK Rostock, Klaus-Jürgen Strupp. Für die IHK komme neben Rostock auch Güstrow als Standort in Betracht.

Die Bürgerschaft hatte letztes Jahr den Bau der Monoverbrennungsanlage im Stadtteil Bramow beschlossen. Laut Gutachten sei der Standort in Nachbarschaft zur Zentralen Kläranlage Rostock der wirtschaftlich günstigste Standort. „Mit dem Wegfall der dezentralen Trocknungsanlagen würden zu den geschätzten zehn bis zwölf Lkw-Ladungen Klärschlamm pro Tag in Rostock voraussichtlich weitere hinzukommen“, sagte Strupp.

Für die KKMV ist das Aus für die dezentrale Vortrocknung in Schwerin und Grevesmühlen kein Grund, dass sich die Bürgerschaft erneut mit der Anlage befassen muss. Der Wegfall bedeute zwei bis drei Laster mehr pro Tag. Bei einem Verkehrsaufkommen von mehreren Tausend Autos spiele das keine Rolle. Geschäftsführer Klaus Rhode ging deshalb davon aus, dass der Bau der rund 58 Mio € teuren Anlage im Herbst 2022 beginnen kann.

Laut IHK müsse auch bedacht werden, dass in unmittelbarer Nachbarschaft zur geplanten Klärschlammverwertungsanlage der „Ocean Technology Campus“ (OTC) entstehen soll. Dieser potenzielle Hightech-Standort dürfe nicht beeinträchtigt werden. (dpa)